

Bund soll Zustupf an Kita-Kosten zahlen

Damit mehr Mütter nach der Geburt ihrer Kinder eine Erwerbsarbeit aufnehmen, will der Nationalrat die Kosten der familienexternen Kinderbetreuung mit Bundesbeiträgen senken – dabei lässt er die Finanzierungsfrage aussen vor.

Maja Briner

BERN. Eigentlich kommt das Paket zu einem schwierigen Zeitpunkt. Gerade erst gab Finanzministerin Karin Keller-Sutter bekannt, wie sie die Defizite, die in den nächsten Jahren drohen, bekämpfen will. Und nun liegt nach mehrjähriger Vorarbeit ein Vorschlag zur familienergänzenden Kinderbetreuung auf dem Tisch, der zunächst Kosten von 770 Millionen Franken pro Jahr verursacht.

Die stattliche Summe löste Kritik aus. Der Betrag sei «überbordet», sagte kürzlich der Präsident des Arbeitgeberverbands, Valentin Vogt, der das Projekt mitangeschoben hatte. Auch der Bundesrat zeigte sich skeptisch. Dem Vernehmen nach half ein Finanzkniff von Keller-Sutter, damit sich die Regierung nicht ganz querstellte. Doch dazu später mehr.

Fachkräftemangel bekämpfen

Die Mehrheit im Nationalrat liess sich von der Kritik nicht beirren. Sie entschied am Mittwoch, dass der Bund den Eltern bis zu 20 Prozent die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung bezahlt – und zwar bis Ende der Primarschulzeit. Das Geld erhalten beispielsweise Eltern, die ihr Kind in der Kita betreuen lassen.

Die Zuschüsse sollen dazu führen, dass insbesondere Mütter erwerbstätig bleiben und ihre Pensen aufstocken. Die Vorlage gehöre «zu den wirksamsten Massnahmen gegen den Fachkräftemangel», sagte Kommissionssprecher Simon Stadler (Mitte/UR). Die Investitionen in eine erschwingliche Kinderbetreuung lohnten sich, argumentierten Befürworterinnen wie etwa Kathrin Bertschy (GLP/BE).

Gänzlich gegen die Vorlage sträubte sich die SVP – aus ihrer Sicht wird dadurch ein Familienmodell bevorzugt. Doch sie blieb chancenlos. Ebenso erging es verschiedenen Vorschlägen, das Paket abzuspecken. Eine Einschränkung will der Nationalrat allerdings schaffen: Eltern sollen erst ab einem gewissen Mindestbeschäftigungsgrad den Bundesbeitrag erhalten. Die Höhe des Mindestpensums müsste der Bundesrat festlegen.

Die Kosten für diesen Teil des Pakets schätzt die vorberatende Kommission auf 710 Millionen Franken. Mit weiteren 56 Millionen soll das Angebot verbessert werden. Der Bundesrat wollte diese Ausgaben zumindest teilweise gegenfinanzieren – mit einem nicht alltäglichen Ansatz, den Finanzministerin Keller-Sutter im Februar öffentlich präsentiert hatte. Dem Ver-



Die hohen Kosten für Kita-Plätze stellen viele Familien vor finanzielle Probleme.

BILD KEY

nehmen nach wollte sie damit dem Widerstand gegen das Paket etwas Wind aus den Segeln nehmen. Konkret schlug die Regierung vor, den Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer zu senken. Das hätte zur Folge, dass die Kantone indirekt rund 200 Millionen Franken an die Vorlage zahlen würden. Dies erscheine aufgrund der kantonalen Zuständigkeit in diesem Aufgabenbereich als angezeigt, erklärte der Bundesrat.

«Ein Affront für die Kantone»

Doch der Vorschlag stiess auf Widerstand. Die Regierung habe diesen aus dem Hut gezaubert, ohne die Kantone zu konsultieren, kritisierte Kommissionssprecher Stadler, das sei «ein Affront für die Kan-

«In diesem Umfang, wie es der Nationalrat nun beschlossen hat, werde ich das Paket ablehnen.»

Peter Schilliger
FDP-Nationalrat (LU)

tone». Tatsächlich hat die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) keine Freude daran. Der Vorstand lehne den Vorschlag «strikte» ab, erklärt Generalsekretär Peter Mischler. Das Vorgehen widerspreche dem Prinzip «Wer zahlt, befiehlt, und wer befiehlt, zahlt».

Für einen anderen Vorschlag zur Finanzierung musste die SP Häme einstecken. Sie wollte die Mehreinnahmen anzapfen, welche die Schweiz dank der OECD-Mindestbesteuerung künftig einnehmen soll. Nur: Darüber entscheidet das Stimmvolk erst im Juni – und just hat die SP die Nein-Parole gefasst.

Beide Vorschläge zur Finanzierung fielen im Nationalrat durch – der Vorschlag des Bundesrats scheiterte am Widerstand

von Mitte-links, jener zur OECD-Mindeststeuer am Widerstand der Bürgerlichen. Dass die grosse Kammer gleichzeitig alle Kürzungsanträge verwarf, stösst namentlich bei bürgerlichen Finanzpolitikern auf Unverständnis.

«Das löst zusätzlichen Spardruck aus», warnt FDP-Finanzpolitiker Peter Schilliger. Er sei nicht grundsätzlich dagegen, dass familienergänzende Kinderbetreuung subventioniert werde, betont er. «Aber in diesem Umfang, wie es der Nationalrat nun beschlossen hat, werde ich das ablehnen, zumal keine Gegenfinanzierung vorgesehen ist.»

Klar ist: Das Kita-Paket ist noch längst nicht in trockenen Tüchern. Als Nächstes berät der Ständerat darüber.

Kein weiteres Butterbrot für Rentner

Die Mitte-Partei verlangt den vollen Teuerungsausgleich bei den Renten. Diese würden um wenige Franken zusätzlich steigen, wenn das Anliegen durchkommt. Doch der Nationalrat hat es gestern abgelehnt. Der Ständerat befasst sich heute damit.

Reto Zanettin

BERN. Vergangene Woche noch verbreitete die Mitte-Partei Zuversicht. Dank ihr erhielten alle Renten den vollen Teuerungsausgleich, nicht bloss einen teilweisen. Gestern aber versetzte ihr eine Mehrheit des Nationalrats einen Dämpfer. Die Allianz aus FDP, SVP und Grünliberalen sprach sich gegen das Anliegen der Mitte aus. Zugleich war es eine Niederlage für die politische Linke, welche die Mitte unterstützte und sich den Kampf gegen den Kaufkraftverlust ebenfalls auf die Fahne geschrieben hatte.

Allerdings vollzog die grosse Kammer am gestrigen Vormittag eine Spitzkehre, und das kam so: Vergangenes Jahr hatten beide Räte eine Motion der Mitte-Partei angenommen, die einen sofortigen und

vollen Ausgleich der Teuerung für Renten forderte. Also musste der Bundesrat eine Vorlage ausarbeiten. Demnach können ab 1. Juli die monatlichen Minimalrenten um 7, die monatlichen Maximalrenten um 14 Franken steigen.

Es handelt sich um ausserordentliche, befristete Zahlungen. Der Bundesrat hatte die Renten auf Anfang Jahr schon um zwischen 30 und 60 Franken angehoben. Zum geforderten vollen Teuerungsausgleich fehlt aber noch ein Stück von wenigen Franken. Und das soll jetzt aufgeholt werden.

Das Vorhaben stockt nun aber, nachdem der Nationalrat jene Vorlage abgelehnt hat, die aus der von ihm im Herbst angenommenen Motion hervorging. Das Ergebnis fiel mit 97 zu 92 Stimmen eher knapp aus. Unglücklich agierte die Mitte-Partei selbst. Fünf ihrer Mitglieder fehlten in der Abstimmung – sie hätten das Resultat ausgleichen können, wenn sie mit ihrer Fraktion gestimmt hätten.

Unter den Fehlenden befindet sich Alois Gmür, der sich enthielt, da die Vorlage in seinen Augen «eine unverhältnismässig grosse Bürokratie zur Folge» hätte und den Begünstigten sehr wenig bringen würde, wie er den SN er-

klärt. Zudem konnte Philipp Kutter nach einem schweren Skiunfall überhaupt nicht an der Frühjahrsession teilnehmen.

«Giesskannenprinzip pur»

Im Ratssaal entfaltete sich eine rege Debatte um die Beträge, mit denen man sich nicht viel mehr als Butter und etwas Brot kaufen kann. Dass manche Personen auf die wenigen Franken angewiesen sind, betonte Christian Lohr (Mitte/TG). Da die Inflation sich noch nicht wieder normalisiert habe, dürften die Menschen nicht vergessen gehen, die sich nicht wehren könnten, die zusammen mit den abermaligen gestiegenen Krankenkassenprämien ein Paket zu schultern hätten, «das Ängste auslöst, das Existenzängste steigert».

Mattea Meyer (SP/ZH) rückte den Kaufkraftverlust ins Zentrum ihres Votums. Dieser sei zum einen ein persönlicher Verlust, weil Rentnerinnen und Rentner «nach einem Leben voller Arbeit ihren Ruhestand nicht geniessen können». Zum anderen sei es volkswirtschaftlicher Unsinn, wenn Menschen wegen knapper werdenden Mitteln weniger häufig ins Restaurant gehen oder

seltener Ausflüge unternehmen. Meyer spielt darauf an, dass Konsum die Wirtschaft belebt. «Wenn wir die Kaufkraft schützen wollen, dann müssen wir die Teuerung vollständig – ich betone: vollständig – ausgleichen», sagte die Co-Präsidentin der SP.

Ganz anders blickte Regine Sauter (FDP/ZH) auf die Vorlage. Die Renten seien zwischen 2000 und 2021 um 19 Prozent gewachsen, während die Teuerung in dieser Zeit lediglich 8 Prozent betragen habe. «Man rechne.» Sauter legte somit den Schluss nahe, dass die Teuerung in einer langfristigen Betrachtung für Rentnerinnen und Rentner im Grunde unerheblich ist.

Überdies bedeute das gestern behandelte Geschäft «sehr viele zusätzliche Sorgen für die AHV». Dem Sozialwerk werde eine «absolut unnötige zusätzliche finanzielle Belastung auferlegt». Die Freisinnige nannte eine Summe, die der Bundesrat bereits in seiner Botschaft festhielt: Rund 420 Millionen Franken würden zulasten der AHV gehen.

Und schliesslich, so Regine Sauter, bekämen den vollständigen Teuerungsausgleich auch Personen, die ihn gar nicht bräuchten. «Es ist einmal mehr

das Giesskannenprinzip pur.» Zudem führte die gebürtige Schaffhauserin den «administrativen Leerlauf» als Argument gegen die Vorlage ins Feld. Dieser entstehe unter anderem, weil die Systeme per Juli zum zweiten Mal in diesem Jahr angepasst werden müssten.

Fraktionschef akzeptiert Entscheid

Philipp Matthias Bregy, Fraktionspräsident der Mitte, zeigte sich nach dem Nein des Nationalrates zwar enttäuscht, er akzeptierte den Entscheid aber: «Das ist Politik.» Der volle Teuerungsausgleich würde den Menschen rasch helfen. Längerfristig möchte der Walliser die Bevölkerung noch anders, nämlich mit der Kostenbremse-Initiative entlasten. Diese verlangt, dass sich die Gesundheitskosten den Löhnen entsprechend entwickeln und die Prämien daher bezahlbar bleiben.

Indes geht die Debatte um den vollumfänglichen Teuerungsausgleich für Rentnerinnen und Rentner weiter. Der Ständerat wird sich heute Donnerstag mit der Vorlage befassen. Lehnt er sie ab, ist sie erledigt. Nimmt er sie an, wird sich der Nationalrat aufs Neue damit auseinandersetzen.